



Der Gödersenweg ist Teil der Siedlung Hamburg Bau, die vor Kurzem unter Denkmalschutz gestellt wurde.

Foto: Patrick Sun

Poppenbüttel

3.02.2023 / 18:04

Von: ANN-CHRISTIN BUSCH



„Enteignungs“-Vorwürfe: Der mühsame Kampf gegen den Denkmalschutz

Artikel vorlesen



00:00 / 03:16 1X

BotTalk

Nachdem die Stadt die Siedlung Hamburg-Bau in Poppenbüttel plötzlich unter Denkmalschutz gestellt hat, wollen sich die Bewohner jetzt wehren. Sie fühlen sich übergangen und „enteignet“: Mit der Entscheidung kommen zusätzliche Verpflichtungen und Gebühren auf sie zu. Gleichzeitig bekommen sie nun Unterstützung.

„Wir sammeln Unterschriften, um eine Eingabe an die Politik zu geben“, sagt Klaus Bültjer der MOPO. Dafür klopft er gemeinsam mit anderen Anwohnern an alle Türen der 221 Siedlungshäuser.

Plötzlich unter Denkmalschutz: Bewohner sind verärgert

„Bisher haben wir 60 Unterschriften und ich bin guter Dinge, dass es noch mehr werden“, sagt er. **Im September 2022 hatte ihnen die Stadt per Brief mitgeteilt, dass ihre Häuser unter Denkmalschutz gestellt wurden.** Rechtlich ist das erlaubt, stieß die Bewohnerinnen und Bewohner aber vor den Kopf. Die Entscheidung kommt einigen wie eine „Enteignung“ vor.

Für alle Umbauten, ob innen oder außen, müssen sie nun einen Antrag beim Denkmalschutzamt stellen. Allein der kostet 80 bis 500 Euro an Gebühren. Zudem sorgen sie sich um einem Wertverlust ihrer Immobilie.

Kritik an Kommunikation der Behörden

Die Siedlung Hamburg-Bau wurde ab 1975 in Poppenbüttel errichtet. Im Rahmen eines Förderprogramms für Einfamilienhäuser sollte die zunehmende Abwanderung in den Hamburger Speckgürtel verhindert werden. Alle Grundstücke haben eine sehr geringe Fläche, um zu zeigen, dass modernes Wohnen auch im Stadtgebiet möglich ist. Die Siedlung umfasst etwa 35 Hektar und liegt zwischen dem Ohlendieksredder im Nordosten und dem Poppenbütteler Berg im Südosten.

Das könnte Sie auch interessieren: [Bergedorfer Hingucker: Zoff um Hamburgs buntesten Brunnen](#)

„Es geht uns aber nicht nur ums Geld, sondern auch um die Art und Weise, wie mit uns umgegangen wurde“, sagt Bültjer. „Ich bin sicher, wenn die Kulturbehörde vorher mit uns kommuniziert hätte, dann hätten wir eine Lösung gefunden, mit der alle leben können.“ Ob sie auch vor Gericht ziehen wollen, darüber beraten sich die Anwohnerinnen und Anwohner derzeit noch.

CDU stellt Antrag in der Bürgerschaft

In der nächsten Bürgerschaftssitzung am 15. Februar wird die CDU-Fraktion nun einen Antrag einbringen, um den Denkmalschutz aufheben zu lassen. Der Kreisverband der Partei hatte vor rund einer Woche bereits im Rahmen einer Informationsveranstaltung Unterstützung angekündigt (MOPO berichtete).



Philip Buse, Dennis Thering und Wolfgang Kühn von der CDU-Alstertal mit Maklerin Katja Frontzkowski und Anwalt Gero Tuttlewski (v. l. n. r.). Sun

„So kann und darf man nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen. Wir fordern Seite an Seite mit den Betroffenen eine Revision dieser Entscheidung“, sagte CDU-Fraktionschef Dennis Thering. Dieser „Schildbürgerstreich“ müsse umgehend beendet werden.